Gemeindeversammlung befindet über höhere Entschädigungen

Am Montagabend entscheiden die Oberengstringer Stimmberechtigten auch über die Jahresrechnung 2021.

Lydia Lippuner

Gleich 10,5 Millionen Franken besser als budgetiert ist die Jahresrechnung 2021 in Oberengstringen ausgefallen. Sie schliesst bei einem Aufwand von 43,73 Millionen und einem Ertrag von 53,2 Millionen Franken mit einem Plus von 9,47 Millionen Franken. «Dieses ausserordentlich gute Ergebnis ist grösstenteils auf die hohen Mehreinnahmen bei den Grundstückgewinnsteuern zurückzuführen», schreibt der Gemeinderat im beleuchtenden Bericht zur anstehenden Gemeindeversammlung. Am Montag befinden die Stimmberechtigten im Zentrumssaal über die Rechnung und vier weitere Geschäfte.

Wie in vielen umliegenden Gemeinden fielen die Grundstückgewinnsteuern viel höher aus als erwartet und bescherten Oberengstringen Mehreinnahmen von 7,2 Millionen Franken. Aber auch die allgemeinen Steuereinnahmen übertrafen das Budget um 3,3 Millionen Franken.

Auch die Coronapandemie hat die Jahresrechnung beeinflusst. So seien etwa in den Bereichen Kultur und Bildung weniger Ausgaben getätigt worden, da einige Schulreisen, Exkursionen und Klassenlager nicht durchgeführt werden konnten, wie der Gemeinderat schreibt. Bei der wirtschaftlichen Hilfe rechnete die Gemeinde 2021 mit mehr Anträgen auf Unterstützung, gab letztlich aber 400 000 Franken weniger aus als geplant. Die Gesundheitskosten sind dagegen höher ausgefallen als budgetiert.

Entschädigungen für Ämter sollen steigen

Der Gemeinderat wird der Versammlung auch die angepasste Entschädigungsverordnung für die einzelnen Behördenmitglieder vorlegen. Die Höhe der Beträge wurde letztmals 2005 angepasst. Die jährliche Entschädigung für den siebenköpfigen Gemeinderat beläuft sich im vorliegenden Entwurf neu auf 215 000 statt wie bisher auf 159 840 Franken. Während die Entschädigungen für Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission und der Schulpflege nur unwesentlich steigen, erhalten

10,5
Millionen Franken besser als budgetiert ist die Rechnung 2021 ausgefallen.

Um 34,5%
soll die jährliche Entschädigung für den Gemeinderat erhöht werden.

die Mitglieder der Sozialbehörde künftig ohne das Präsidium 40 000 statt wie bisher 15 120 Franken.

Um dem Milizprinzip Sorge zu tragen, sei es wichtig, dass die Entschädigungen nicht zu tief angesetzt werden, schreibt der Gemeinderat. Sonst werde es schwierig, künftig geeignete Personen für Behördenaufgaben zu gewinnen. Und weiter: «Die Vergleiche mit anderen Gemeinden zeigen, dass die Behördenentschädigungen in Oberengstringen nach wie vor bescheiden sind. Sie liegen etwa im Mittelfeld der Bezirksgemeinden.»

Trotz höherer Entschädigungen will der Oberengstringer Gemeinderat an der bisherigen Aufteilung festhalten: So erhalten alle Behördenmitglieder einerseits eine pauschale Grundentschädigung und andererseits Sitzungsgelder. «Durch das Instrument von Sitzungsgeldern wird die unterschiedliche Beanspruchung der Behördenmitglieder entsprechend berücksichtigt», erklärt der Gemeinderat im beleuchtenden Bericht.

Delegierte wird gewählt für Seniorenzentrum

An der Gemeindeversammlung werden die Stimmberechtigten auch entscheiden, ob Kornelia Vögeli-Hänni weiterhin Delegierte der Gemeinde für das Alterszentrum Im Morgen bleibt. Zur Erinnerung: Die Verbandsgemeinden des Seniorenzentrums in Weiningen werden jeweils von zwei Delegierten vertreten – einer Person aus dem Gemeinderat und einer Person aus dem Stimmvolk, die von der Gemeindeversammlung jeweils nach den Kommunalwahlen für vier Jahre gewählt wird. Sozial- und Gesundheitsvorstand Kurt Leuch (Forum) ist der zweite Oberengstringer Delegierte.

Im Wahlbüro soll sich in der nächsten Legislatur nur wenig ändern. Ausser Tina Crnjac (parteilos) sind alle vorgeschlagenen Personen bereits im Amt. Insgesamt stellen sich 15 Mitglieder für das Wahlbüro zur Verfügung: So kandidieren Elisabeth Aeschlimann (parteilos), Roland Aeschlimann (parteilos), Catherine Bender (SVP), Jenny Bender (SVP), Gabi Beusch (FDP), Maja Bürgi (SVP), Josef Egger (SP), Gabriele Gilenardi (parteilos), Erwin Hofmann (parteilos), Adi Hotz (parteilos), Harry Karrer (FDP), Christoph Kofmehl (parteilos), Ursula Leuch (Forum) und Livio Lustenberger (SP) erneut.

Gemeindeversammlung
Montag, 27. Juni, 20 Uhr im Gemeindesaal im Oberengstringer Zentrum. Vor dem offiziellen Teil informiert die Gemeinde die Anwesenden über die Liegenschaftenstrategie der Gemeinde.

Kulturplatz «deutlich früher» geräumt als geplant

Weil die Forderung erfüllt ist, will der Schlieremer Stadtrat ein Postulat vom Herbst 2018 zu den Akten legen.

Lukas Elser

Für den Schlieremer Stadtrat ist das Thema Nutzung des Kulturplatzes vom Tisch. Er beantragt deshalb dem Gemeindeparlament, ein Postulat abzuschreiben, das der damalige Parlamentarier Thomas Widmer (Quartierverein) im September 2018 einreichte. Die Kulturplatz genannte Brache befindet sich im Zentrum von Schlieren, zwischen der Pischte 52, der Ringstrasse und den alten Häusern an der Badenerstrasse. Heute befinden sich die Sommerbeiz mit ihren Eisenbahnwagen, ein Pétanque-Feld und ein paar Bäume darauf. Zum Zeitpunkt, als Widmer seinen Vorstoss eingereicht hatte, war die Fläche noch ein Baufeld, auf dem Container und Maschinen standen.

Widmer störte sich damals unter anderem am Erscheinungsbild und forderte, dass der Platz früher als beabsichtigt geräumt und der Öffentlichkeit zur Nutzung respektive Neugestaltung überlassen werde. Gemäss Postulat beabsichtigte der Stadtrat damals, den Platz erst 2023 freizugeben. Schliesslich hatte der Stadtrat, so heisst es im Postulat, die Fläche bis zu diesem Zeitpunkt der Limmattalbahn AG als Baustellen-Installationsplatz vermietet. Widmer forderte im Herbst 2018 hingegen, dass die Freigabe möglichst schon 2019 geschehe.

Im Oktober 2018 überwies das Gemeindeparlament das

Heute befinden sich die Sommerbeiz mit ihren Eisenbahnwagen, ein Pétanque-Feld und ein paar Bäume auf dem Kulturplatz (Mitte) im Schlieremer Zentrum. Bild: Sandra Ardizzone

«In der Folge wurde die Fläche, ganz im Sinne des Postulats, vielfältig genutzt.»

Stadtrat Schlieren

Im Herbst 2018 diente die Fläche als Baustellen-Installationsplatz für die Limmattalbahn AG. Bild: Alex Rudolf

Geschäft an den Stadtrat. Aber inzwischen hat sich die Lage stark verändert. Darauf verweist auch der Stadtrat im nun vorliegenden Antrag an das Parlament. Die Forderungen des Postulats sind für den Stadtrat bereits erfüllt. So habe er bei der Limmattalbahn erreicht, dass der Platz «deutlich früher» als ursprünglich geplant geräumt worden sei. Und: «In der Folge wurde die Fläche, ganz im Sinne des Postulats, vielfältig genutzt», beispielsweise als Spielort für einen Zirkus und ein Kasperli-Theater oder eben als Pétanque-Feld.

Was die Zukunft betrifft, so verweist der Stadtrat auf den im März genehmigten Masterplan Grüne Mitte. Dieser dient zur Planung für die seit Jahren versprochene Umgestaltung des Schlieremer Zentrums. Das Areal, das neu gestaltet werden soll, betrifft den Bereich zwischen Stadtpark und Badenerstrasse und beinhaltet auch den Kulturplatz. Wie die Grüne Mitte aussehen soll, ist noch nicht klar. Was mit der Pischte 52 und dem Kulturplatz geschehen könnte, soll ein für 2024 oder 2025 geplanter landschaftsarchitektonischer Projektwettbewerb zeigen. Zudem verspricht der Stadtrat, dass der Platz bis 2025 «provisorisch aufgewertet» werden soll. Damit werde sichergestellt, dass der Platz bis zur definitiven Gestaltung weiterhin für Aktivitäten genutzt werden könne.

Ratgeber Vorsorgemodelle

Thomas Schmidiger
Geschäftsführer

In der Schweiz sind mehr als 4,4 Mio. erwerbstätige Personen in der beruflichen Vorsorge (BVG) versichert. Nicht darin enthalten sind rund 840 000 Personen, welche eine Altersrente beziehen, und sich infolge Pensionierung ihr Alterskapital haben auszahlen lassen.

Vor der Einführung des BVG wurden Mitarbeitende hauptsächlich in betriebseigenen Vorsorgeeinrichtungen versichert. Durch die zunehmende gesetzliche Regulierung wurde für Kleinbetriebe das Führen der eigenen Vorsorgelösung immer unattraktiver. Viele haben sich deshalb einer kollektiven Lösung angeschlossen. Dabei werden eine Vielzahl von Betrieben bei einer einzelnen Stiftung und/oder Gesellschaft versichert.

Seit 2005 hat sich die Anzahl der Vorsorgestiftungen halbiert. Aktuell werden rund 75 % der Erwerbstätigen in Kollektivlösungen versichert. Dabei unterscheidet man zwischen Vollversicherungslösungen und (teil-)autonomen Lösungen. Zudem wird nach Gesellschaftsformen wie (Aktien-)Gesellschaften oder genossenschaftlichen Stiftungen unterschieden.

Insbesondere für die Versicherungsgesellschaften ist das BVG-Geschäft ein lukratives Business. Für ihre Aktionäre erwirtschafteten sie im Jahr 2021 mehrere hundert Millionen Franken Betriebsergebnis. Im Vollversicherungsgeschäft, welches durch garantierte Leistungen bei Invalidität, Tod und Alter höhere Kosten auslöst, lässt die Transparenz teilweise zu wünschen übrig.

Sofern ein Betrieb über mehr Risikofähigkeit verfügt, bieten sich Alternativen an: Ein Anschluss an eine Gemeinschafts- oder Sammelstiftung. Auch hier sind die Risiken Tod und Invalidität voll versichert. Die Verzinsung schwankt aber mit den Anlageerträgen und kann auch negativ ausfallen. Auf Dauer scheint sich dieses Konzept jedoch zu bewähren. Während Vollversicherungen von 2012 bis 2021 eine durchschnittliche Anlagerendite von 2,6 % erzielten, liegt diese bei Sammel- und Gemeinschaftskassen bei 5,3 %. Insbesondere bei Sammelstiftungen mit individuellem Deckungsgrad pro Anschluss lassen sich diese Mehrrenditen in höhere Zinsen für die Beschäftigten ummünzen.

Alvoso Pensionskasse
Zürcherstrasse 104
8952 Schlieren
www.alvoso-pensionskasse.ch

PROMOTED CONTENT
Dieser Artikel wurde von der Verlagsredaktion im Auftrag der Alvoso Pensionskasse erstellt.